



Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwiger Anzeiger
Lagezeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bählaus, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoppitz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresseverlag und Verlagsgesellschaft Hermann Lohse & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für den Inhalt: Eugen Berner, beide in Dresden.
Erscheinung täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurführer, Leben im Bild, Agrar-Markt, Radio-Zeitung. Anzeigen werden die 5-spaltige Post-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Restanzeigen die 4-spaltige Zeile mit 10 Goldpfennigen. Anzeigen u. Restanzeigen mit Nachdruck und schwierigen Charakteren werden mit 50 % Aufschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inserationsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitungspreis in Anwendung gebracht. Rabattsanspruch erstreckt sich auf die 1. und 2. Zahlungen, Abrechnung b. Austragende.

Nr. 77 Freitag, den 1. April 1927

Heute Reichstagsabstimmung über den Finanzausgleich

Der Reichsfinanzminister verspricht die Steuerrückstände einzutreiben — Ein Erfolg Sachsens in Berlin: Bewilligung eines Teilausschusses zum Hygiene-Museum in Dresden — Der sächsische Landtag bewilligt einstimmig Staatshilfe für die durch Missernte geschädigte Landwirtschaft — England beschleunigt die Vorbereitungen zum militärischen Eingreifen in China

Sachsens Beschwerde findet Gehör

Wie wir erfahren, hat das Reichskabinett angefangen die schweren Bedenken, die der sächsische Ministerpräsident Hübner dem Reichsfinanzminister Dr. Brüning gegenüber persönlich zum Ausdruck gebracht hatte, geglaubt, es nicht beantwortet zu können, dem Hygiene-Museum die ursprünglich vorgesehene Mittelsumme und gar zu entziehen. Es hat deshalb den Beschluß gefaßt, dem Hygiene-Museum die finanzielle Beihilfe des Reiches nicht zu versagen. Der Reichsfinanzminister ist auf der Stelle zu machen, die die Verwirklichung von Staats-Mitteln für den Bau des Hygiene-Museums gibt. Ob diese Mittel in der anfänglich vorgesehenen Höhe von einer Million Mark werden gewährt werden können, steht noch dahin.

Herrn Köhlers Versprechen

In der Donnerstagsmorgens-Sitzung des Reichstages wurde der Haushalt des Reichsfinanzministeriums beraten. Abgeordneter Simon (Soz.) polemisierte gegen die „kapitalistische Finanzpolitik des Bürgerblodes“. Dr. Brüning (Dnt.) trat für die Aufbesserung der Gehälter und für die Beförderungsmöglichkeiten der Finanzbeamten ein. Dr. Köhler (Z.) beantragte Rückstände bis 1924 und seine die von den Demokraten beantragte Steuererhöhung nach dem derzeitigen Durchschnitt ab. Abgeordneter Dr. Kramer (DVP.) trat für die Zentralisierung der Finanzämter ein und forderte eine Erweiterung des Beamtenapparates bei der Steuerverwaltung.

Reichsfinanzminister Dr. Brüning erklärte, den Wünschen nach Vereinfachung der Finanzverwaltung stimme er durchaus zu. Durch Neuorganisation von Beamten sollen die Finanzämter in die Lage versetzt werden, ihre Arbeiten zu erledigen. Es werden Veranlagungs- und Vollstreckungsbeamte gebraucht. Wenn wir Rückstände von über einer halben Milliarde haben, so müssen wir uns bemühen, sie herinzubekommen. Wenn wir das nicht täten, dann wäre jeder zu bedauern, der seine Steuern rechtzeitig bezahlt. Eine Eintreibung der Rückstände soll mit aller Rücksicht auf die wirtschaftlich Schwachen vorgenommen werden. Ein Vorzug sind die allen denjenigen schuldig, die ihre Steuern rechtzeitig bezahlt haben. Das gilt ganz besonders den Lohn- und Gehaltsempfängern, bei denen selbst in ärmlichen Verhältnissen keine Möglichkeit der Steuerzahlung besteht. Eine einheitliche Veranlagung und Erhebung der Steuern soll im ganzen Reich durchgeführt werden. Einzelne Beschwerden sollen nachgeprüft werden. Wegen Steuerabgabe werde vorgegangen werden. Der Minister verlangte am Schlusse seiner Ausführungen eine Politik, die auf den wirtschaftlichen und sozialen Charakter unseres Volkes Rücksicht nimmt.

Alle Mann zur Stelle

lautet die Parole der Regierungsparteien, um den Finanzausgleich durchzubringen

Die Wirtschaftspartei als Zünglein an der Waage

Heute werden im Reichstag die Abstimmungen über den Finanzausgleich stattfinden. Wie wir hören, sieht man ihr in Kreisen der Regierungskoalition mit einigen Bedenken entgegen, da die Wirtschaftspartei die Vorschläge der Regierungskoalition nicht unterstützen will. Infolgedessen ist von den Fraktionsführern der Regierungsparteien dafür gesorgt worden, daß die Fraktionsmitglieder möglichst vollständig an den Abstimmungen teilnehmen. Eine Ueberstimmung der Regierungsparteien ist jedoch wenig wahrscheinlich, da die einzelnen Gruppen der Wirtschaftspartei zweifellos nicht geschlossen gegen den Finanzausgleich stimmen werden.

Damit es bei der heutigen Abstimmung an besonders kritischen Momenten nicht leidet, herrscht zurzeit noch völlige Unklarheit darüber, ob die Vorlage überhaupt die erforderliche Mehrheit findet. Die Regierungsparteien haben beschlossen, zu dem Finanzausgleich eine formale gemeinsame Erklärung abzugeben. Sie werden sich an der Debatte nur dann beteiligen, wenn sich aus der ganzen Situation heraus eine dringende Notwendigkeit ergibt.

Die Linke hat bereits im Anschluß an die kürzliche Sitzung gegen den Finanzausgleich Stellung genommen, weil sie den neuerlichen Anschlägen an die Währungsreform eine Gefährdung der grundsätzlichen Zentralisierung erblicken will und deshalb dem Reichsfinanzminister Dr. Brüning den Vorwurf macht, er habe dem Sozialdemokratischen Parteitag als weitgehende Zusicherungen gemacht. Am Reichstage hat es gestern großes Aufsehen hervorgerufen, daß der Vertreter der Wirtschaftspartei, Abgeordneter Dr. Bredt, die Erklärung abgab, seine Freunde würden für den demokratischen Antrag stimmen, der die Währungsreform des Reiches um ein Jahr nicht verlangsamt. Wenn die Regierungskoalition nicht vollständig zur Stelle ist, so besteht die Möglichkeit, daß der demokratische Antrag mit den

Stimmen sämtlicher Linksparteien einschließlich der Kommunisten infolge der Unterstützung der Wirtschaftspartei eine knappe Mehrheit findet.

Warnungsruf aus Sachsen

In der letzten Sitzung des Gesamtvorstandes des Verbandes Sächsischer Industrieller standen auch die Beschlüsse des Steueraussschusses des Reichstages über das neue Finanzausgleichsprovokatorium zur Ausdrucksache. Der Gesamtvorstand erhob schärfsten Einspruch gegen den in diesen Beschlüssen festgelegten

Lastenausgleich zwischen den Ländern zu Lasten der Länder.

Dieser entlehnt dem Lande Sachsen einen erheblichen Teil der von ihm aufzubringen den Beträge an Einkommen- und Körperschaftsteuer zugunsten von einzelnen Ländern, welche wesentlich günstigere wirtschaftliche und soziale Verhältnisse als Sachsen, zum Teil sogar die günstigsten Existenzbedingungen im Deutschen Reich haben. Demgegenüber hat Sachsen infolge seiner starken Industrialisierung bedeutende soziale Lasten zu tragen. Kampf mit schwierigen landwirtschaftlichen Verhältnissen und seine dichtgedrängte Bevölkerung wird durch die stark schwankenden Verhältnisse der wirtschaftlichen Konjunktur, wie durch die mit der hohen Erntelosigkeit verbundenen Lasten, besonders schwer betroffen;

eine Schwärzung seines Steueranteils widerspricht daher dringenden sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnissen.

Der Gesamtvorstand beschloß, unter Mitwirkung der schon bisher unternommenen Schritte die Reichsregierung dringend zu ersuchen, diesen der Finanzlasten und verfassungsmäßigen Gleichberechtigung der Länder widersprechenden Beschlüssen ihre Zustimmung zu versagen. Das gleiche erwartet der Verband Sächsischer Industrieller vom Reichstage.

Eine deutsche Einheitsfront

Die gestrige Beratung des Kriegslasten-ersatzes im Reichstage gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung gegen die Berechnung des Dawes-Planes. Die Redner aller Parteien traten dafür ein, daß in absehbarer Zeit der Dawes-Plan einer Revision unterzogen werden müsse. Es ist zu erwarten, daß die Beratung des Kriegslastenersatzes ein starkes Echo im Auslande erweckt, zumal die Reden im Reichstage sich völlig frei von jeder Agitation hielten und dem Reparationsagenten zum Teil sogar volle Anerkennung ausprägten.

tion hielten und dem Reparationsagenten zum Teil sogar volle Anerkennung ausprägten.

Den Reichsrat passiert

Der Reichsrat hat das Arbeitszeitgesetz in der Fassung des Kompromisses der Regierungsparteien mit den Stimmen der Mehrheit angenommen. Dagegen stimmten die Vertreter von Hamburg und Mecklenburg-Strelitz.

Was kostet die Reichswehr?

Im Hinblick auf die Aussprache im Reichstag über den Reichswehretat und auf die Bedenken, die im Laufe der Debatte von gewisser Seite über die hohen Ziffern im Haushaltsplan des Reichswehrministeriums geltend gemacht wurden, dürften die nachfolgenden Ausführungen aus einer gut informierten Quelle eine erhöhte Beachtung verdienen. Sie zeigen zum mindesten, daß die wirkliche Steigerung des Haushaltsplans praktischen und unumgänglichen Notwendigkeiten entspricht.

In der ausländischen Presse finden sich in der neueren Zeit Auslassungen, die auf die angeblich hohen Ziffern im Haushaltsplan des Reichswehrministeriums hinweisen. Teilweise werden diese Ziffern zum Ausgangspunkt von abwegigen Betrachtungen gemacht, und es werden irreführende Schlussfolgerungen aus diesen Zahlen gezogen. Gegenüber diesen Darstellungen ist zunächst auf die Gesamtausgaben im Haushalt des Reichswehrministeriums in den Jahren 1924 bis 1927 und auf die wirkliche Steigerung hinzuweisen. Es betragen die Gesamtausgaben im Haushalt dieses Ministeriums: 1924: 456 Millionen Goldmark, 1925: 572, 1926: 685, 1927: 697 Millionen Goldmark.

Auf den ersten Blick mögen die Positionen des Reichswehretats ziemlich hoch erscheinen. Es ist aber zu berücksichtigen, daß seit 1924 vom Reichstag für fast alle Ministerien und keineswegs nur für das Reichswehrministerium eine erhebliche Erhöhung der Etats bewilligt worden ist. Der Etat für 1924 war ein Hungeretat, der mit einer auf die Dauer nicht vertretbaren Härte gegenüber den verschiedenen Reformforderungen aufgestellt war, weil in der damaligen plöbe in der Luft schwebenden deutschen Finanzlage nur die allerdringendsten Bedürfnisse befriedigt werden konnten. In den nachfolgenden Jahren trat neben dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit in der Wirtschaftsführung die Notwendigkeit, laufende Materialergänzungen vorzunehmen. Das war mit ein Anlaß dafür, daß die Etats gerade in diesen ersten Jahren nach der Periode übergroßer Sparsamkeit besonders hohe Beträge für Materialbeschaffungen vorzusehen mußten. Das wirkte sich natürlich auch im Reichswehretat aus.

In den oben genannten Zahlen des Reichswehretats befinden sich auch die Ausgaben für die Marine. Diese betragen für das Jahr 1924 gefordert 112 Millionen Goldmark, sie belaufen sich im Etatsjahr 1927 auf 220 Millionen Goldmark. Ein Teil der Angriffe gegen den Wehretat, Marineetat richtet sich insbesondere gegen die Kreuzerbauten. Die Ausgaben hierfür im neuen Etat mögen manchem besonders hoch erscheinen, da gleichzeitig für mehrere Kreuzer Bau- bzw. Armierungsraten angefordert werden. Hierbei ist jedoch folgendes zu berücksichtigen: Der Vertrag von Versailles hat dem Deutschen Reich zur Pflicht gemacht, Kreuzerbauten nur zum Ersatz von mindestens 20 Jahre alten